

ROUND TABLE

Strategien für bessere Arzneimittelversorgung

Podiumsdiskussion. Eine Expertenrunde diskutierte, welche Schritte es europaweit bedarf, um die Arzneimittelversorgung in Krisenzeiten sicherzustellen und die Abhängigkeit von asiatischen Ländern zu reduzieren.

Die Coronakrise gab einen Vorgeschmack, wie schwierig die Aufrechterhaltung der Arzneimittelversorgung in Krisenfällen sein kann, wenn Europa bei vielen Wirkstoffen von asiatischen Ländern abhängig ist. Im Online-Round-Table der „Presse“ in Zusammenarbeit mit dem Fachverband der chemischen Industrie Österreichs (FCIO) diskutierte „Presse“-Redakteur Köksal Baltaci mit einer hochkarätigen Expertenrunde, wie die Arzneimittelversorgung innerhalb der EU sichergestellt werden kann.

Die Runde setzte sich zusammen aus Christa Wirthumer-Hoche, Leiterin Ages Medizinmarktaufsicht (Ages MEA), Ilse Bartenstein, Geschäftsführerin der G.L. Pharma GmbH sowie Vorsitzende der Berufsgruppe Pharmazeutische Industrie in der Wirtschaftskammer, und Professor Friedrich Schneider aus der Abteilung für Wirtschaftspolitik von der Johannes Kepler Universität Linz. Aus Brüssel, seitens der Europäischen Kommission, war Florian Schmidt, stellvertretender Referatsleiter der pharmazeutischen Abteilung der Kommission in der Generaldirektion Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (GD Sante), zugeschaltet.

Blaues Auge

Trotz Ausfällen in den Lieferketten kam Europa in der Arzneimittelversorgung in der Coronakrise mit einem blauen Auge davon. Die in der Steiermark produzierende G.L. Pharma GmbH konnte problemlos weiterproduzieren, weil genügend Vorräte an Wirkstoffen zur Verfügung standen. „Für die Produktionsaufträge, die jetzt anstehen, waren wir somit vorbereitet“, berichtete Ilse Bartenstein.

Womit aber niemand rechnen konnte: Dichtgemachte Grenzen in Europa stellten die Logistik auf den Kopf. „Es nützen die besten Vereinbarungen nichts, wenn die Zulieferung innerhalb Europas nicht funktioniert.“ Ihr Learning aus der Krise: „Dass wir uns bei Krisenszenarien nicht nur auf Asien konzentrieren sollten.“

Dass Europa in der Arzneimittelversorgung mit einem blauen Auge davonkam, lag laut Christa Wirthumer-Hoche mitunter am bevorstehenden Neujahrsfest in China, in dessen Zeitraum traditionell wenig produziert wird und die chinesischen Firmen vorproduziert hatten. „Von Vorteil war auch, dass die Transportkette zwischen Asien und Europa aufrecht blieb.“ Die Ages hat mit Einsetzen des Lockdown rasch Arbeitsgruppen ins Leben gerufen, in denen auch Industrievertreter saßen. „Es wurde analysiert, welche therapielevanten Wirkstoffe und Substanzen in der Intensivmedizin zur Verfügung stehen müssen“, so Wirthumer-Hoche. „Durch diese offene Kommunikation haben wir es geschafft, gut über die Runden zu kommen.“ Um Versorgungsengpässen in Österreich in Zukunft vorzubeugen, muss erfasst werden, wie hoch der Bedarf der österreichischen Bevölkerung an Arzneimitteln ist und wie die pharmazeutische Industrie diesen Bedarf decken kann.

Ilse Bartenstein,
Geschäftsführerin der G.L. Pharma GmbH

„Das Preisband ist ein geeignetes Mittel, um die Arzneimittelversorgung zu gewährleisten, weil die Regelung dafür sorgt, dass nicht nur das günstigste Medikament auf den Markt kommt.“

Ilse Bartenstein,
Geschäftsführerin der G.L. Pharma GmbH

in der Arzneimittelversorgung und -verknappung ein wichtiger Block sein werden.“

EU trifft keine Schuld

Ökonom Friedrich Schneider verteidigte die Europäische Union. „Die Schuld liegt bei den Mitgliedstaaten. Deshalb brauchen wir ein neues Reglement, eine andere Entscheidungsrichtlinie.“

Der Professor wünscht sich ein klares Krisenreglement, das unter anderem vorschreibt: Wie verhalte ich mich in einer Krise? Welche Maßnahmen darf ich ergreifen? Darf ich bestellte medizinische Güter behalten und selbst verwenden? „Es sind Reformschritte notwendig, damit EU-Abmachungen nicht umgestoßen werden können. In der Krise

an Schmidt von der Europäischen Kommission, pochte aber auf den Umstand, dass die EU diese Konflikte rasch in den Griff bekam. „Wir können auf europäischer Ebene nur gemeinsam handeln und dürfen nicht auf das Nationalstaatliche zurückfallen.“

Jetzt gehe es darum, nachzubessern, etwa bei der Koordinierung der Krisenbewältigung auf EU-Ebene.“

Eine zufriedenstellende Arzneimittelversorgung benötigt eine EU-Strategie. „Das Thema stand schon vor Covid-19 auf dem Programm“, sagte Schmidt. „Wir sind dabei, eine neue Arzneimittelstrategie für Europa zu entwickeln,

waren alle hart getroffen und der europäische Gedanke trat stark in den Hintergrund.“ Ein besserer EU-Krisenmechanismus muss also von den Mitgliedstaaten ausgehen.

Ein anderer Punkt, der diskutiert wurde, war die Versorgungssicherheit in Österreich und die Frage: Wie viele Güter kann und soll der Staat vorhalten, um für den Notfall gerüstet zu sein? Schneider sah es als Aufgabe des Staates, hier vorausschauender zu handeln und Steuergelder in die Hand zu nehmen. „Damit Lagerstätten angelegt werden können und die Versorgung gesichert ist.“ Eine gesicherte Versorgung garantiere, dass Spitäler zum Beispiel ihren Tätigkeiten nachgehen können, ohne Güter nachbestellen zu müssen.

Einig waren sich die Experten, dass die Sicherheitsbevorratung von Wirkstoffen und Arzneimitteln nur eine europäische Lösung sein kann. Bartenstein merkte zusätzlich an, dass Sicherheitsbevorratung auch Güter wie Schutzmasken und Schutzbekleidung, die leicht zu lagern sind, beinhalten müsse.

Standort Europa

Das Ziel der Europäischen Kommission ist, die kritischen Abhängigkeiten zu reduzieren, zum Beispiel bei Antibiotika. Derzeit kann die EU aber noch keine konkreten Lösungsvorschläge bieten, welche Herangehensweisen die besten sind, um die Produktion von Arzneimitteln stärker nach Europa zu verlagern. „Gegenwärtig gibt es in der Europäischen Kommission einen Refle-

xionsprozess“, verriet Schmidt. „In diesem Prozess diskutieren wir mit den Mitgliedstaaten Lösungen.“ Frühestens Ende des Jahres darf mit einer konkreten Strategie gerechnet werden. Die Probleme sind bekannt.

Viele europäische Erzeuger können mit dem Preisdruck nicht mithalten. Es gibt aber schon funktionierende Lösungsansätze, wie das Preisband in Österreich, an dem man sich orientieren könnte. „Das Preisband ist ein geeignetes Mittel, um die Arzneimittelversorgung zu gewährleisten, weil die Regelung dafür sorgt, dass nicht nur

das günstigste Medikament auf den Markt kommt.“ Auch Abnahmegarantien oder Steuervergünstigungen für Hersteller wären sinnvolle Schritte für einen attraktiveren Standort. Hier kann aber die EU den Mitgliedstaaten nur Empfehlungen machen. „Alles in Richtung Investitionsunterstützung hilft unmittelbar“, sagte Bartenstein. Wirthumer-Hoche merkte an, dass eine Abnahmegarantie bei bestimmten Produkten eine Bedarfsermittlung voraussetze. Hierfür wäre eine bessere Zusammenarbeit zwischen Industrie und Behörden wichtig. „Ziel muss sein, in Zukunft eine offene, transparente Kommunikation zu führen“, so die Ages-Leiterin.

Schmidt könnte sich auch vorstellen, in Europa produzierenden Unternehmen die Vermarktung zu erleichtern. Außerdem fände er es sinnvoll, in der EU zukünftig das Investitionsvolumen im Generikabereich zu erhöhen, um die Kapa-

zität von europäischen Wirkstoffen zu erhöhen. „Die Produktion in Österreich und Europa zu halten, kostet dem Staat und der EU ein paar zusätzliche hundert Millionen Euro, aber im Vergleich zu den Milliarden aufwendungen heute ist das noch immer relativ leicht finanzierbar“, sagte dazu der Ökonom Schneider.

Umweltstandards

Einen weiteren Grund für den Erhalt der europäischen Pharmaproduktion liefern die unterschiedlichen Umweltauflagen. Diese sind in Europa weitaus strenger als in Asien, wo es immer noch eine beträchtliche Anzahl an schweren Unfällen gibt.

Eine verstärkte industrielle Produktion pharmazeutischer Güter in Österreich und anderen europäischen Ländern wäre also auch aus ökologischen Gründen ein Vorteil. „Es sind nicht nur die dramatisch günstigeren Arbeitskräfte, warum so viel in Indien und China produziert wird“, so Professor Schneider. „Es gibt auch viel weniger Umweltauflagen. Viele Menschen haben die Bilder von schweren Unfällen in Asien im Kopf und wollen nicht, dass so etwas auch bei uns passieren könnte.“ Aus diesem Grund hält Schneider Information und Aufklärung für einen wichtigen Schritt, um die Zustimmung für eine gestärkte pharmazeutische Industrie auch in der Bevölkerung zu erzielen, die neben der Unterstützung von Investitionen ein Schlüsselfaktor für den Pharmastandort Europa ist.

INFORMATION

Der Round Table fand auf Einladung von „Die Presse“ statt und wurde finanziell unterstützt vom Fachverband der chemischen Industrie Österreichs (FCIO).



Es diskutierten mit Köksal Baltaci („Die Presse“): (Bildschirm oben) Friedrich Schneider (Johannes Kepler Universität Linz), Florian Schmidt (GD Sante/Europäische Kommission), (Bildschirm unten) Ilse Bartenstein (FCIO/G.L. Pharma GmbH) und Christa Wirthumer-Hoche (Ages).

[Foto: Richard Tanzer]